Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagesblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 270. **Mittwoch** den 26. September 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **17. bis 26. September dss. Js.** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 17,9fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,441.

Leipzig, am 24. September 1888.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Submission auf Fußwegherstellung.

Der unterzeichnete Gemeinderath beabsichtigt die Fußwege im hiesigen Orte mit Granitplatten belegen zu lassen, zu beiden Seiten mit Mosaikpflaster auszufüllen und mit einer Granitrineneinfassung zu versehen und diese Arbeiten mit theilweiser Materiallieferung an einen Unternehmer zu vergeben.

Blanquets zu Kostenanschlägen, sowie die Bedingungen über Vergebung und bez. Herstellung der Arbeiten können gegen Erstattung der Copialien im hiesigen Gemeindeamte entnommen werden.

Angebote sind bis zum **3. October d. J.** verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen daselbst abzugeben.

Kruscherhausen, am 21. September 1888.

Der Gemeinderath daselbst.
Jäle, Gem.-Vorst.

Nichtamtlicher Theil.

Das Tagebuch Kaiser Friedrich's und die öffentliche Meinung.

Wir lassen die Frage nach der Echtheit der von der „Deutschen Rundschau" veröffentlichten Aufzeichnungen Kaiser Friedrich's unentschieden. Vorläufig liegt in dieser Beziehung nur die allerdings schwer ins Gewicht fallende Ansicht des Fürsten Bismarck vor, daß sie apokryph sind, also von einem andern Verfasser herrühren, und eine von der „Kölnischen Zeitung" und von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gleichzeitig veröffentlichte amtliche Mittheilung, daß die Echtheit wegen der darin enthaltenen starken chronologischen und thatsächlichen Irrthümer bezweifelt werden müsse, daß namentlich die Annahme ausgeschlossen sei, der ganze Inhalt der Aufzeichnungen könne vom Kronprinzen selbst herrühren und sei täglich in frischer Erinnerung von ihm niedergeschrieben worden. Die große Wirkung der Veröffentlichung kann nicht geleugnet werden und wird dadurch bewiesen, daß sich die gesammte Presse aller Parteien des Gegenstandes mit gleichem Interesse bemächtigt hat. Es giebt ja auch in der That kaum etwas, das die Seele eines deutschen Patrioten mehr in Anspruch nehmen, tiefer erregen kann, als der Werdegang des in blutigen Kämpfen erstrittenen deutschen Reiches, die Gedanken und Empfindungen des Thronerben, welche diesen in der großen, beispiellos dastehenden Zeit vom Beginn des Krieges bis zur Rückkehr in die Heimath bewegt und beschäftigt haben. Man kann sich nur schwer entschließen, diese Aufzeichnungen als das Machwerk eines raffinirten Kopfes anzusehen, der um eigensüchtiger Zwecke willen seinen Scharfsinn angestrengt hat. Etwas ganz Anderes ist die Frage nach dem Zweck der Veröffentlichung, und diese kann nur in dem Sinne beantwortet werden, daß sie dem Parteiinteresse der deutschfreisinnigen Partei dienen sollte. Das leuchtet um so mehr ein, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Manöver der deutschfreisinnigen Partei die Veröffentlichung des Tagebuchbruchstückes begleitete. Da ist zunächst die Beglückwünschung der Parteiführer bei Gründung der Partei durch den damaligen Kronprinzen, mit welcher Nachricht der Abgeordnete Eugen Richter seine Zuhörer in Breslau erfreute. Ein zweites weniger allgemein bemerktes Wahlmanöver der Partei ist die Erneuerung des Gedächtnisses an die Commissionsverhandlungen über den Entwurf des Reichs-Militair-Strafgesetzbuches, bei welcher der Abgeordnete Lasker den Antrag vertheidigte, daß die Strafe für das Militair die gleiche sein müsse wie für das Civil und daß kein Unterschied zu machen sei zwischen den Strafen für Officiere und für Unterofficiere und Gemeine. Der Vorsitzende der Commission, Moltke, erklärte den Antrag für unannehmbar, aber als Lasker gesprochen hatte, schloß er die Sitzung mit den Worten: „Was der Abgeordnete Lasker gesagt hat, ist unwiderlegbar." In der folgenden Sitzung wurde der Antrag in Abwesenheit Moltke's einstimmig angenommen.

Solche Erinnerungen werden nicht ohne bestimmte Absicht von verschiedenen Seiten in die Oeffentlichkeit gebracht, es ist vielmehr System darin, die öffentliche Meinung soll dadurch beeinflußt, es soll ein Druck nach verschiedenen Richtungen, besonders aber nach oben hin ausgeübt werden. Es ist auch ein offenbarer Zusammenhang zwischen der Veröffentlichung des Tagebuchbruchstückes und der Erörterung der Frage nach Schaffung von Reichsministerien in der Presse, für welche ja in dem Tagebuche Kaiser Friedrich's warm eingetreten wird. Endlich paßt es in dieses System auch hinein, daß die deutschfreisinnige Partei kein eigentliches Programm für die bevorstehenden preußischen Landtagswahlen formulirt hat, sondern sich auf einige kurze Sätze beschränkt hat, welche für die Wahlbewegung in Berlin zur Richtschnur gegeben werden, als da sind: Jährliches Steuerbewilligungsrecht, Vermehrung der Abgeordneten für die Stadt Berlin, Beseitigung des Reptilienfonds, Einführung des allgemeinen Stimmrechts in Preußen und Aufrechthaltung des Grundsatzes der Gleichberechtigung der Religionsparteien im Staate.

Es ist unzweifelhaft, daß hier verborgene Kräfte thätig gewesen sind, um durch Zusammentragung von verschiedenem Material die Menge der Wähler aufzuregen und eine Stimmung hervorzurufen, welche den Absichten der deutschfreisinnigen Partei nützlich ist. Bis zu einem gewissen Grade ist das auch gelungen, aber nicht so weit, daß dadurch der Same des Mißtrauens gegen die bestehende Regierung ausgestreut worden oder das zielbewußte Streben und Thun des jungen Kaisers und Königs beeinflußt werden könnte. Die Ziele, welche das deutsche Reich unter Mitwirkung der Fürsten und Freien Städte wie der Mehrheit der Volksvertreter verfolgt, ebenso wie die Grundsätze, nach welchen die preußische Regierung und Volksvertretung handeln, liegen weit ab von den eigennützigen Absichten, welche die deutschfreisinnige Partei hegt. Der Abgeordnete Richter sagte in Breslau: „Wir buhlen nicht um Fürstengunst, wir werden gerecht der Krone und dem Volke; eine so gesetzige Partei kann auch in schweren Zeiten der Krone eine Stütze sein, in Leid und Kümmernißz bewährt sich die rechte Königstreue". Nun wir haben es erlebt, wie die deutschfreisinnige Partei um Fürstengunst buhlen kann, wenn sie hofft, daß unter einem Fürsten ihr Weizen blüht. Man lese die Reden, die der Abgeordnete Traeger in Nordhausen zur Zeit der Regierung des Kaisers Friedrich gehalten hat, und man wird vergeblich nach einem Seitenstück von persönlicher Verherrlichung dieses oder eines anderen Fürsten in einer anderen Partei suchen. Nein, die deutschfreisinnigen Wortführer und ihre Presse haben sich zu sehr bloßgestellt in der Bewerbung um die Gunst Kaiser Friedrich's, als daß sie jetzt durch den Mund des Abgeordneten Richter sich frei von der Buhlerei um Fürstengunst ausgeben können.

Die Aufzeichnung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm vom 7. März 1871, welche lautet: „Ich zweifle an der Aufrichtigkeit für den freiheitlichen Ausbau des Reiches und glaube, daß nur eine Zeit, die einst mit mir rechnet, solches erleben wird", paßt zu sehr zu der Gesammthaltung der deutschfreisinnigen Partei während der Regierung Friedrich's III., als das nicht gerade in diesen Worten ein Hauptbeweggrund für die Veröffentlichung des Tagebuchbruchstückes gefunden werden sollte. Ob diese Worte wirklich vom Kaiser Friedrich herrühren oder apokryph sind, wie Fürst Bismarck glaubt, wird sicherlich noch festgestellt werden, weil sich Auszüge des Tagebuchbruchstückes in den Händen mehrerer Personen befinden. Auch unterliegt es berechtigten Zweifeln, ob Kaiser Friedrich sich als den ersten Fürsten bekannt hat, der verfassungsmäßigen Einrichtungen ohne Rückhalt ehrlich zugethan ist.

Es wäre sehr zu wünschen, daß von Seiten Derjenigen, welche Aufschlüsse über den Inhalt des Tagebuchs Friedrich's III. zu geben im Stande sind, volle Klarheit darüber verbreitet würde, ob die Mittheilungen der „Deutschen Rundschau" mit der Wahrheit übereinstimmen oder nicht. Schweigen kann die deutschfreisinnige Partei nur in der Verfolgung ihrer Parteizwecke unterstützen. Die Aufzeichnungen Kaiser Friedrich's haben unter allen Umständen nur historischen, aber keinen praktischen Werth, aber wenn der Beweis geführt werden könnte, daß das wirkliche Tagebuch Kaiser Friedrich's für den Gebrauch der deutschfreisinnigen Partei eigens zurecht gemacht und abgeändert worden wäre, so würde dadurch das ganze Spiel, was hier offenbar vorliegt, in der allerbeschämendsten Weise aufgedeckt werden. *

* Zu dem angeblichen Tagebuche Kaiser Friedrich's schreibt die „Kölnische Zeitung":

So lange es Monarchen und Regierungssysteme gegeben hat, hat es auch eine Kronprinzenpolitik gegeben. Es ist ja naturgemäß, daß sie gewissenhafter und von patriotischem Streben beseelter Thronfolger sich schon frühzeitig mit dem Bewußtsein der Schwere der verantwortlichen Stellung, zu der er berufen ist, erfüllt, und daß er sich lebhaft mit Plänen über das Wohl jenes Volkes beschäftigt, zu dessen einstigem Herrscher ihn das Schicksal bestimmt hat. Je kraftvoller der thatenlustige Kronprinz zum Manne heranreift und je mehr er dennoch von der praktischen Politik ferngehalten wird, um so behaglicher und selbstgefälliger wird er an seinen Reformgedanken weiterspinnen. Ist der Monarch eine conservativ gerichtete Persönlichkeit, so wird der Gedankengang des jungen, popularitätstrohen Thronfolgers leicht eine liberalisirende Richtung einschlagen; die Umgebung des Kronprinzen wird in diesem Falle aus geistreichen Leuten bestehen, welche gern über den in Vorurtheilen und überlebten Anschauungen steckenden alten Herrn und seine langweilige Umgebung spötteln. Huldigt der Monarch liberalen Anschauungen, so wird der Kronprinz sich eher in einer conservativen Atmosphäre wohl befinden. Solche allgemeine Betrachtungen über ungeduldige Kronprinzenpolitik in ihrem Gegensatze zu der langsamen, vorsichtigen Gangart der praktischen Staatsgeschäfte drängen sich dem Leser auf, welcher sinnend die wechselnden Bilder aus dem Tagebuch des Kaisers Friedrich an seinem Geiste vorüberziehen läßt. Nur wer die damalige diplomatische Lage und die Gesammtverhältnisse bis ins Einzelne hinein kennt, wird z. B. entscheiden können, ob der Kronprinz nicht verhängnißvolle Verwicklungen heraufbeschworen hätte, wenn sein Vorschlag vom 14. November 1870, zur Beschleunigung der Kaiserfrage den Süddeutschen gegenüber „fest und gebietend aufzutreten", angenommen worden wäre; von vornherein wird sich dem unengewichten Beurtheiler eher eine Politik empfehlen, welche den deutschen Fürsten Zeit gönnte, sich in die neuen Verhältnisse hineinzuleben und ihnen zugleich die Ueberzeugung verschaffte, daß der König von Preußen, weit davon entfernt, nach unangemessener Kaisermacht zu streben, als naiver preußischer Particularist mit allen Fasern seines Herzens mit rührender Anhänglichkeit an den alten längsten verschwundenen Verhältnissen hing. Es ist peinlich, solche Erwägungen anzustellen, und nachdem einmal ehrsuchtslose Hände das Tagebuch veröffentlicht haben, würden wir uns am liebsten mit einer rein literarischen Stellungnahme begnügt haben, wenn nicht eine politisch und moralisch bankrottige Partei den Versuch gemacht hätte, ihre schlechten Wahlaussichten durch eine kindische Ausbeutung desselben in etwas zu verbessern. Die Aufzeichnungen sind ohne Vorwissen und ohne Willen des jetzigen Kaisers in die Oeffentlichkeit gelangt; sie enthalten eine Reihe von Unrichtigkeiten und können unmöglich alle nach frischer Erinnerung täglich niedergeschrieben sein. In gut unterrichteten Kreisen wird nicht bezweifelt, daß es sich um ein besonders herzgerichtetes, durch Ausmerzungen nicht nur verstümmeltes, sondern auch in seinem wahren Charakter entstelltes Werk und nicht durchweg um echte Aufzeichnungen des verewigten Kaisers handelt. Man wird sich auch schwer zu dem Glauben verstehen können, daß Kaiser Friedrich z. B. die Veröffentlichung der Stelle angeregt hat, in der es heißt, er „werde der erste Fürst sein, der, den verfassungsmäßigen Einrichtungen ohne alten Rückhalt ehrlich zugethan, vor sein Volk zu treten habe"; denn diese Bemerkung enthält eine eben so schwere als ungerechte Beschuldigung des Kaisers Wilhelm I.

* Von Herrn Professor Dr. Delbrück geht der „Post" folgendes Schreiben zu:

Herr Redacteur!

Ich bestätige Ihnen hiermit das Dementi, welches Herr v. Zedlitz gestern die Güte hatte, vorläufig für mich auszusprechen: ich bin in keinerlei Weise an der Veröffentlichung „Aus dem Tagebuche Kaiser Friedrich's III." in der „Deutschen Rundschau" betheiligt.

Berlin, den 24. September 1888.

Prof. H. Delbrück.

* Wir verzeichnen an dieser Stelle die bereits erwähnte amtliche Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über das angebliche Tagebuch Kaiser Friedrich's:

„Unter der Ueberschrift: „Aus Kaiser Friedrich's Tagebuch" hat die „Deutsche Rundschau" Auszüge aus einem Tagebuche veröffentlicht, welches während des Krieges 1870—71 angeblich der Kronprinz — nachmalige Kaiser Friedrich III. — geführt haben soll. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Veröffentlichung ohne Vorwissen Sr. Majestät des Kaisers und Königs erfolgt ist. Was den Text des angeblichen Tagebuchs des verewigten Kaisers Friedrich betrifft, so enthält dasselbe nach den Erinnerungen der bei den Ereignissen betheiligten Personlichkeiten so starke chronologische und thatsächliche Irrthümer, daß die Echtheit bezweifelt werden muß. Namentlich ist es ausgeschlossen, daß der ganze Inhalt von dem Kronprinzen selbst herrührt und täglich also in frischer Erinnerung von ihm aufgezeichnet worden ist."

* Wir verweisen im Uebrigen auf den Artikel „Deutschfreisinnige Wahlmanöver".

Leipzig, 26. September.

* Nach der „Post" wird die Vorhut der deutschen Emin-Expedition bald abgehen und zwar unter Premierlieutenant Wißmann, dessen Mitwirkung nur dadurch erreicht werden konnte, daß man ihn unabhängig stellte. Es entspringt dies nicht etwa einer gewissen Eitelkeit oder Ueberhebung, sondern der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß ein Wille bei solchen Expeditionen der maßgebende sein müsse. Ueber den Weg der Expedition ist, wie die „Post" im Gegensatz mit anderen Nachrichten betonen kann, noch nichts Genaues bekannt, da Mancherlei von der Lage in Zanzibar abhängen wird.

* Ueber die Manöver von Jelissawetgrad wird der „Schlesischen Zeitung" aus Odessa, 19. September, geschrieben:

Die Truppen, welche an den Manövern in der Umgebung von Jelissawetgrad im Beisein des Zaren theilgenommen haben, sind bereits in ihre Standquartiere zurückgekehrt. Der Rücktransport dauerte vier Tage, und während dieser Zeit wurde auf sämmtlichen südrussischen Bahnen der Frachtentransport eingestellt, und es verkehrten nur die fahrplanmäßigen Passagierzüge. An den erwähnten Manövern haben bekanntlich die Truppen des Odessaer und des Charkower Militairbezirkes theilgenommen. Die Manöver dauerten im Ganzen 6 Tage. Den Manövern lag folgende Idee zu Grunde: Aus Rumänien ist eine feindliche Armee eingedrungen, welche sich Podoliens und Neurußlands (Nowo-Rossija) mit den Städten Odessa und Nikolajew bemächtigt hat. Am Bug wird nun eine Armee concentrirt, welche sich dem Feinde entgegenstellen und zunächst den Dnjepr-Uebergang bei Krementschug, wo sich eine wichtige Eisenbahnbrücke befindet, in ihre Hand bekommen soll. Gleichzeitig entsendet diese Armee Abtheilungen, welche sich der strategisch wichtigen Eisenbahnbrücken bei Kiew und Jekaterinoslaw, sowie der jekaterinoslawer Eisenbahn zu versichern haben. Den aus Rumänien eingedrungenen Feind stellten die Truppen des Odessaer Militairbezirkes dar, als deren Commandant Generallieutenant Roxberg, der Commandant des XI. Armeecorps, fungirte. Dieselben zählten 25 000 Mann. Die am Bug concentrirte Armee bestand aus den Truppen des Charkower Militairbezirks und wurde von dem Commandanten des X. Armeecorps, Generalkadjutanten Sujsächin, befehligt. Sie setzte sich aus der 9. und der 31. Infanteriedivision, der 31., kriegsmäßig mobilisirten Reservedivision, der 9. und der 10. Cavalleriedivision, einer kriegsmäßig mobilisirten Artillerie-Reserve, dem 12. Sappeur-Bataillon, dem 15. Kriegstelegraphenparke und den erforderlichen Abtheilungen des Heliographen- und des Gendarmeriecorps zusammen. Im Ganzen zählte man bei dieser Armee 43 Bataillone, 46 Escadrons und 80 Fuß- und 24 Reitergeschütze mit einem Stande von 1183 Generalen und Officieren und 37 200 Mann. Der Zar war mit dem Verlauf der Manöver sehr zufrieden. Insbesondere soll die Mobilisirung der einberufenen Reserve-Division, dann die feldmäßige Verproviantirung der Truppen sich in sehr präziser Weise vollzogen haben. In der That ist auch bereits ein ganz ansehnlicher Ordensregen auf die Häupter der bei diesen Manövern betheiligt gewesenen Generale niedergegangen. Von den hiesigen Manövern hat sich der Zar mit seiner ganzen Familie auf das Jagdschlößchen Spala in Congreßpolen begeben. Aus der Reise dorthin besuchte er Chelm, einst der Hauptsitz der gewaltsamen Bekehrung der orthodoxen Ruthenen zum Katholicismus, dann aber wieder unter russischer Herrschaft der Bekehrung der katholischen Ruthenen zum Orthodoxismus. Der orthodoxe Bischof von Warschau und Chelm, Mgr. Leontie, begrüßte den Zaren in der Chelmer früher katholischen und jetzt orthodoxen Kathedrale mit einer Ansprache, worin er es als ein Glück für das Chelmer Russenthum pries, daß es wieder eins sei im Glauben mit dem übrigen Rußland und daß „die unglückselige Union" (d. h. die Union mit Rom) nicht mehr seinen Rocken behelle. Man erwartet die kaiserliche Familie bald wieder an den Ufern des Schwarzen Meeres, wo die Ankunft des Schahs von Persien und eine Begrüßungsdeputation des türkischen Sultans unter Führung Schakir Pashas bereits angesagt ist.

* Zu den Verhältnissen am Congo wird der „Kölnischen Zeitung" aus London, 22. September, geschrieben:

Die Katastrophe am Congo ist vollständig. Am 17. ds. starb auf der Station Bangala am Congo-Staate J. S. Jameson, der Botaniker, der als zweiter Officier Bartelot begleitet hatte und nach dessen Ermordung zu Tippu Tip gegangen war, um mit ihm gemeinschaftlich einen neuen Entsatzzug ins Werk zu setzen. Vermuthlich war ihm dies mißlungen; jedenfalls brand er sich auf der Reise nach der Küste, um sich mit dem Emin-Unterstützungsausschuß in telegraphische Verbindung zu setzen, als er auf der Bangala-Station vom Fieber ergriffen ward und starb. Mit ihm werden viele Hoffnungen begraben. Er war ein gebildeter, begüterter und begeisterter Mann, hatte als Botaniker und Ornithologe schon mehrere Jahre in Südafrika zugebracht und große Sammlungen angelegt. Für Stanley's Entsatzzug schwärmte er derzeitig, daß er 1000 L., nach Andern 15 000 L., beisteuerte und sich dadurch die Erlaubniß erwarb, trotz seiner schwächlichen Gestalt die Reise mitzumachen. Er war kaum dreißig Jahre alt, stammt aus Dublin und hinterläßt eine Wittwe. Mit Jameson schwindet dann vorläufig jeder Plan eines neuen Zuges. Der einzige Weiße, der bei Bartelot's Schaar noch übrig blieb, ist der Arzt Bonny, und von ihm kann man schwerlich irgend welche Begeisterung für ein zunächst völlig aussichtsloses Unternehmen erwarten. Er wird daher wahrscheinlich demnächst selbst an der Küste erscheinen. Bangala, wo Jameson starb, liegt halbwegs zwischen den Stanley-Fällen und Stanley-Pool. Hier in England giebt es jetzt keinen Menschen mehr, der Emin-Pascha vom Congo aus erreichen möchte; man hält sich mit der tröstlichen Ausrede, daß Emin Pascha nicht entsetzt werden wolle und sich wahrscheinlich ganz wohl in Wadelai befinde. Selbst bei Stanley fängt man schon an, sich mit der Ausrede zu behelfen, daß er entweder todt ist und dann keiner Unterstützung mehr bedarf, oder daß er noch lebt, sich bis jetzt durchgeschlagen hat und wahrscheinlich auch in Zukunft allein durchschlagen wird. Was hier aber in nächster Linie interessirt, ist die Weißwaschung Bartelot's von den in dem Briefe des „Standard" enthaltenen Beschuldigungen. Man will wissen, daß von Jameson selbst kürzlich hier ein Telegramm anlangte, welches alle von dem entlassenen Dolmetscher Assad Farran aufgebrachten Behauptungen für Fälschungen erklärt. In der „Times" weist heute Jemand darauf hin, daß die im Lager am Arawimi zusammengerafften Mannen nicht Soldaten, sondern arabisches Lumpengesindel gewesen, zu denen noch Tippu Tipp's Halbabschreiter aus Manyema hinzugekommen seien; ohne Prügelstriebe habe sich unter ihnen die Disciplin nicht aufrecht erhalten lassen. Das mag wohl sein. Bartelot's Härte läßt sich schon erklären, nicht aber seine Kurzsichtigkeit betreffs Tippu Tip's. Der Sclavenkönig thront jetzt triumphirend an den Stanley-Fällen, freut sich über die Remington-Gewehre, die ihm jetzt in die Hände fallen, und preist Allah, daß er alle seine Nebenbuhler vernichtet hat.

* Der ehemalige französische Marschall Bazaine ist laut telegraphischer Mittheilung aus Madrid am Sonntag Nachmittag im Alter von 77 Jahren gestorben.

Seitdem Bazaine am 10. December 1873 von dem durch den Herzog von Aumale präsidirten Kriegsgerichte auf Anlaß der Capitulation von Metz wegen Pflichtverletzung einstimmig für schuldig erklärt und zum Tode verurtheilt, dann aber vom Marschall Mac Mahon zu zwanzigjähriger Haft begnadigt wurde, hat er die öffentliche Meinung nur noch selten beschäftigt, so daß er in den letzten Jahren beinahe verschollen war. Nur als er am 10. August 1874 in abenteuerlicher Weise von der Insel St. Marguerita bei Cannes, woselbst er gefangen gehalten wurde, entfloh, um später in Madrid seinen dauernden Aufenthalt zu nehmen, wurde die Erinnerung an den französischen Marschall wieder aufgefrischt, der im Kriege 1870—71 eine so bedeutsame Rolle spielte.

In mancherlei charakteristischen Zügen erinnerte der nunmehr verstorbene Marschall an einen Condottiere früherer Jahrhunderte. Nachdem er seine militairische Laufbahn in Algerien begonnen hatte, kämpfte er in Spanien gegen die Carlisten und nahm dann während des Krimkrieges als Brigadegeneral und Commandeur der beiden Fremdenregimenter Theil, wie er sich denn auch bei der Belagerung von Sebastopol auszeichnete. Eine noch bedeutsamere Rolle spielte Bazaine in Mexiko, woselbst er zuerst mit seinen Truppen in die Hauptstadt einzog und nach der Abberufung Forey's den Oberbefehl über die französischen Expeditionstruppen übernahm. Zum Marschall befördert, verblieb Bazaine auch unter Kaiser Maximilian in Mexiko, woselbst er gegen den Guerilla-Krieg in grausamer Weise vorging. Als Napoleon die Truppen zurückzog, bemühte sich Bazaine, den Kaiser Maximilian zur Abdankung zu bestimmen, ohne daß es ihm jedoch gelungen wäre, das Mitglied des österreichischen Kaiserhauses vor seinem düsteren Schicksale zu bewahren.

Im Jahre 1870 übernahm Bazaine das Commando des dritten Armeecorps und später den Oberbefehl über die bei Metz concentrirte französische Rheinarmee. Der Plan des Marschalls, von Metz nach Chalons abzuziehen, wurde durch den Angriff von Seiten der deutschen Armee vereitelt. Durch die Schlachten von Vionville und Gravelotte sah sich der Marschall dann in Metz eingeschlossen; seine Versuche, durch den deutschen Cernirungsgürtel durchzudringen, blieben vergeblich; das Schicksal der französischen Rheinarmee war besiegelt.

Ueber die Unterhandlungen, welche Bazaine in Metz mit der deutschen Heeresführung anknüpfte, haben die Verhandlungen vor dem Kriegsgerichte unter dem Vorsitze des Herzogs von Aumale keineswegs volles Licht verbreitet. Marschall Bazaine fühlte sich nicht blos als Militair, sondern auch als Politiker, der im Interesse Frankreichs, wenn auch nicht der Republik vorzugehen glaubte, indem er derartige Unterhandlungen anknüpfte. Für die unvermeidliche Capitulation von Metz waren diese Unterhandlungen, die überdies gar nicht zum Ziele führten, ohne jeden Einfluß. Verräther war Bazaine nur in dem Sinne, in welchem jeder unterliegende französische General von den Franzosen als Verräther betrachtet zu werden pflegt. Richtig ist dagegen, daß Bazaine bei seinen Durchbruchsversuchen nicht immer mit der erforderlichen Energie vorging, obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß auch bei größerem Blutvergießen Bazaine's Armee dem Untergange geweiht war. Mit dem Marschall Bazaine ist nunmehr eine mit der Geschichte des zweiten Kaiserreichs innig verknüpfte Persönlichkeit aus dem Leben geschieden, die, zuerst vom Glücke verwöhnt, dann von einem tragischen Schicksale betroffen worden ist.

* Es lohnt sich kaum mehr der Mühe, den französischen Zeitungen in ihren Berichten über die Ergreifung deutscher Spione zu folgen. Statt des vielen Geschreies, welches die Hetzpresse erhebt und welches nur auf sehr erregte Nerven noch einwirken kann, wäre es wirklich einmal erforderlich, daß man uns mit einem gerichtlichen Erkenntniß eines wegen Spionage verurtheilten Deutschen vor Augen träte. Dies ist aber den Franzosen bisher nicht möglich gewesen, und so suchen sie das, was den Spionage-Gerüchten an Inhalt fehlt, durch Worte zu ersetzen. Wenn irgend ein Mann mit deutschem Namen in Frankreich wegen einer strafbaren Handlung festgesetzt wird, so erhebt sich auf der ganzen Linie der Journalistik der Ruf eines deutschen Spions. Da aber die Deutschen in Frankreich gar nicht so zahlreich sind und die vorhandenen kein starkes Verbrecher-Contingent abgeben, so kommen die Franzosen theils auf fingirte Namen, theils auf solche, die wir wegen Spionage abgeurtheilt haben. Das lustigste Stückchen in dieser Beziehung ist in den jüngsten Tagen geleistet, indem man einen Herrn von Kreitmayer, der sich in Paris aufhält, als einen deutschen Spion bezeichnete. Bekanntlich ist dieser Kreitmayer in München vor einigen Jahren wegen Landesverraths verurtheilt worden, weil er auf Anstiften des französischen Spions Grailles denselben verschiedene landesverrätherische Mittheilungen machte. Aus dieser einen Probe wird man am besten das französische Spionagegeschrei beurtheilen können.

* Unter der Spitzmarke Politische Polizei lesen wir im Berner „Bund":

„Gegenüber den maßlosen Angriffen, welche ein Theil der schweizerischen Presse gegen den Bundesrath wegen seines Vorgehens in Sachen der politischen Polizei richtet, glauben wir hier constatiren zu sollen, daß das jetzt vielfach cirirte bundesrätliche Kreisschreiben vom 11. Mai dieses Jahres an die Cantonsregierungen das Resultat einer sachbezüglichen Conferenz in Bern war. Wir möchten in Erinnerung rufen, daß diese Conferenz vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement einberufen und von den Polizeidirectoren der Cantone mit der zahlreichsten flottanten Bevölkerung besucht wurde. Der Bundesrath hat jenes Kreisschreiben sämmtlichen Cantonsregierungen übermittelt, und von den fünfundzwanzig Ständen ist keine einzige Einsprache gegen Inhalt und Tendenz desselben beim Bundesrath erhoben worden.

Der Bundesrath konnte also in gutem Treuen annehmen, daß er im Interesse der Wahrung der Sicherheit unseres Landes keine unrichtigen, unsere freiheitlichen Institutionen gefährdenden Maßregeln getroffen habe.

Es ist sonderbar, daß die einschlägigen Verfügungen des Bundesraths, trotzdem sie jetzt mehr als 4 Monate in Kraft bestehen, zu keiner Klage irgend welcher Art über Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Schweizerbürger Veranlassung gegeben haben. Es bedurfte erst der Veröffentlichung des bundesrätlichen Kreisschreibens, um einen Theil der schweizerischen Presse in unnöthige patriotische Aufregung zu versetzen. Wir glauben bestimmt, daß, hätte hier nicht wieder eine unentschuldbare, die aufrichtigen Absichten des Bundesraths lähmende Indiscretion stattgefunden, kein Schweizerbürger in die Lage gekommen wäre, irgendwie einen Abbruch seiner politischen Freiheiten wahrzunehmen.

Uebrigens wird der Bundesrath nicht anstehen, späterhin weitere Aufklärungen über die Tendenz seines Kreisschreibens den zuständigen cantonalen Behörden zu geben, sofern er dies als nothwendig erachten sollte. Wir müssen uns nur verwundern, wie man in der Presse solchen Lärm schlagen kann, in einer Angelegenheit, welche doch auf nichts Anderes hinzielt, als dem Bundesrath die Informationen über gewisse Erscheinungen des öffentlichen Lebens zu verschaffen, welche ihm nothwendig erscheinen, um sowohl die völker-